

Michel Cames

Störung im Sozialmodell

Das Luxemburger Sozialmodell ist in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten.¹ Dieses Modell basiert auf dem gesellschaftlichen Konsens, den materiellen Entwicklungsstand im Kleinstaat Luxemburg zu erhalten. Es ist nicht einzigartig, denn ähnliche Strukturen findet man in Europas kontinentalen Wohlfahrtsstaaten. Außergewöhnlich ist nur die Kleinheit des politischen Gebildes, in dem sich das Modell in Luxemburg entfaltet.

Der US-Politikwissenschaftler Peter J. Katzenstein² bezeichnet dieses Modell in seiner strukturpolitischen Analyse der europäischen Kleinstaaten als „Ideologie der Sozialpartnerschaft“. Es bestehe aus einem zentralisierten System, in dem sich die Interessengruppen freiwillig und auf kurzem Weg abstimmen, um so flexibel auf die in Kleinstaaten schneller ablaufende wirtschaftliche Veränderung reagieren zu können.

Wirtschaftsgouvernance

In der politischen Ökonomie wird Luxemburg unter den Wohlfahrtsregimen vorwiegend dem konservativ-kontinental-europäischen Lager zugeordnet.³ Entsprechend der Vorlage einer sogenannten neokorporatistischen Gouvernance versuche das Luxemburger Modell den „Klassenkonflikt auf einem zweiten Regierungsniveau aus zwischengeschalteten Organisa-

tionen zu bändigen in Koexistenz mit der parlamentarischen Demokratie“.⁴

Der Politikwissenschaftler Philippe Schmitter definiert Korporatismus (der Begriff „Neo-Korporatismus“ wird oft parallel benutzt) als „ein System der Interessenvermittlung, dessen wesentliche

Die politische Partizipation einer Mehrheit wird einem reibungslosen politischen Austausch der Eliten geopfert

Bestandteile organisiert sind in einer begrenzten Anzahl singulärer Zwangsverbände, die nicht miteinander in Wettbewerb stehen, über eine hierarchische Struktur verfügen und nach funktionalen Aspekten voneinander abgegrenzt sind. Die Verbände verfügen über staatliche Anerkennung oder Lizenz, wenn sie nicht sogar auf Betreiben des Staates hin gebildet worden sind. Innerhalb der von ihnen vertretenen Bereiche wird ihnen ausdrücklich ein Repräsentationsmonopol zugestanden, wofür sie als Gegenleistung bestimmte Auflagen bei der Auswahl des Führungspersonals und bei der Artikulation von Ansprüchen oder Unterstützung zu beachten haben.“⁵

Umfassende Akteure

Das A und O einer neo-korporatistischen Gouvernance ist eine umfassende Repräsentation der sozio-ökonomischen Kräfte. Ist dies nicht der Fall, sind sektorale In-

teressengruppen großen Anreizen ausgesetzt, eine Bevorteilung zugunsten ihrer Mitglieder anzustreben. Dabei erzeugen sie negative Auswirkungen auf andere Gruppen.⁶ Breit aufgestellte Verbände hingegen machen eine Gesellschaft insgesamt wohlhabender. Die Fragestellung lautet demnach: Ist die Interessenvermittlung in Luxemburg (noch) umfassend?

Seit den 1970ern hat ein dramatischer Wechsel vom Industrie- zum Dienstleistungssektor stattgefunden. Das relative Gewicht der Stahlindustrie ist von 28 % im Jahr 1970 auf 2 % im Jahr 2009 zusammengeschnitten, während im gleichen Zeitraum der Finanzsektor von 4 % auf 26 % zulegen konnte. Als Reaktion auf die Stahlkrise wurde 1977 der „Koordinationausschuss“ gegründet, besser bekannt als Tripartite. Als wichtigste Institution der neo-korporatistischen Interessenvermittlung vertritt sie aber – neben dem öffentlichen – weiterhin vorwiegend den industriellen Sektor. Den Anspruch der umfassenden Repräsentation erfüllt die Tripartite also immer weniger.

Der Grad der Lohnmäßigung gibt als Indikator des Gespanns von Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Frieden Aufschluss über die Fragmentierung der Interessengruppen. Eine nach der Stahlkrise überwiegend eingehaltene Mäßigung wurde seit den 1990er Jahren stückweise aufgegeben. Mittlerweile sind die Lohnstückkosten anderthalb mal schneller gewachsen als im EU-Durchschnitt, ohne dass dies durch die Produktivität hätte gerechtfertigt werden können. Ein außerordentliches, auf

Michel Cames, geboren 1960, studierte neben dem Ingenieurwesen Sozialwissenschaften an den Universitäten Luxemburg und Leeds, Großbritannien.

nationalen Souveränitätsnischen basierendes Wachstum im Dienstleistungssektor hatte hier eine starke Sogwirkung erzeugt.

Ein Ungleichgewicht lässt sich auch im Rahmen einer *Insider-Outsider*-Analyse der korporatistischen Interessenvermittlung ausmachen. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit steht bislang großzügigen Vorruhestandsabfindungen im Falle von Arbeitsplatzverlust und einer zurückhaltenden Rentenreform gegenüber. Es sei deshalb die Frage erlaubt, ob ältere gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer zu Zeiten einer sich verschlechternden Wirtschafts- und Soziallage besser von einem der Sozialpartnerschaft verschriebenen Staat bedient werden sollen als eine noch nicht voll in den Arbeitsprozess eingetretene und daher nicht in korporativen Gremien vertretene Jugend. (Auf die diesbezügliche Analyse des im Generationenkonflikt spezialisierten und seit kurzem an der Universität Luxemburg lehrenden Soziologen Louis Chauvel darf man gespannt sein.) Auch ein geschlechtsspezifisches Ungleichgewicht ist angesichts einer hohen Frauenbeschäftigung im spärlich vertretenen Dienstleistungssektor unübersehbar.

Die gesellschaftliche Modernisierung und der Globalisierungsprozess üben außerdem Druck auf die Konsensdemokratie aus. Neue Konfliktlinien zwischen sogenannten postmateriellen und klassischen politischen Werten treten auf. Die Arrangements, die früher in Spitzenverhandlungen hinter verschlossenen Türen zustande kamen, haben viel an Legitimität eingebüßt, weil die Bürger sich nicht mehr von ihren jeweiligen klassenspezifischen Eliten und gesellschaftlichen Lagern vertreten fühlen.⁷

Ein Ausdruck dieses sozialen Wandels sind die verblüffenden Unterschiede zwischen „gefühlter“ Gewerkschaftszugehörigkeit und ausgewiesener Gewerkschaftsdichte. Liegt letztere in Luxemburg je nach Quelle bei etwa 45 % – und demnach klar über dem EU-Durchschnitt –, so erklären sich lediglich 17,6% der Einwohner einer Gewerkschaft zugehörig.⁸ Zurückzuführen ist diese Diskrepanz auf die Mitgliedschaftslogik der Gewerkschaften: Eine offiziell-beglaubigte „nationale Repräsen-

tativität“ welche „längst jeglichen Bezug zur sozio-ökonomischen Realität verloren hat“⁹, gewichtet in der Tripartite den relativen Einfluss einer Gewerkschaft nach ihrer Mitgliederzahl. Folglich versuchen diese genügend Anreize zur Mitgliedschaft zu schaffen. Sie tun dies vorwiegend durch Lockangebote: Sparkonten, Versicherungen oder Hilfe bei der Steuererklärung.

Neben der Mitgliedschaftslogik bestimmt eine die Repräsentation ihrer Interessen garantierende Einflusslogik das Spannungsfeld zwischen Verbänden und ihren Mitgliedern: Doch oft sind militante Aktionen, um den industriellen Produktionsprozess zu stören, lediglich Medienspektakel.¹⁰ Dazu gehören u. a. inhaltsarme Debatten, welche die Aufmerksamkeit der Medien wecken und den Arbeitnehmern signalisieren sollen, dass die Gewerkschaften etwas in ihrem Interesse bewegen. Gewerkschaftsmilitanz gilt inzwischen als seltenes Phänomen: Mit Ausnahme von einigen Fällen in Frankreich und im südlichen Europa nimmt die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder kaum an einer Fabrik- oder Gebäudebesetzung teil. Was den Anspruch zur Einkommensnivellierung angeht, so sind europäische Gewerkschaftler eher am Gegenteil interessiert. Im EU-15-Raum sind luxemburgische Mitglieder einer Nivellierung sogar am meisten abgeneigt.¹¹

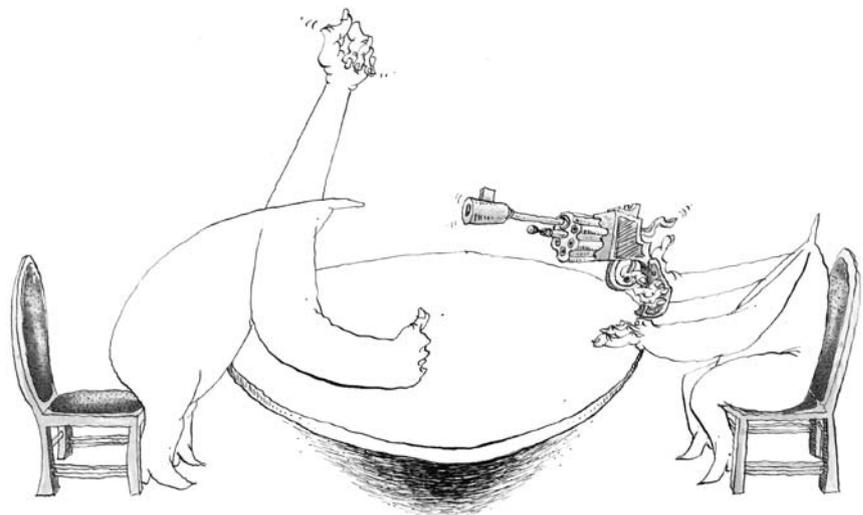
Gesellschaftliche Produktivität als Maßstab

Neben der neo-korporatistischen Lenkungsform gibt es das pluralistische

Modell (z. B. in den USA oder Großbritannien), das die institutionalisierte Interessengruppenvermittlung nicht kennt und wo der Staat alle Interessenverbände gleich zu behandeln versucht. Die höchste gesellschaftliche Produktivität verbunden mit dem höchsten Wachstum lassen sich entweder in Ländern mit ausgeprägter pluralistischer oder aber mit umfassender korporatistischer Ausrichtung diagnostizieren, so belegte es eine Studie in 22 OECD-Ländern zwischen 1971 und 1996.¹² Das Wachstum war geringer in wenig umfassenden korporatistischen Systemen oder im durch Lobbyismus einzelner Unternehmen durchsetzten Pluralismus; also dort wo Sonderinteressengruppen stark genug waren, Begünstigungen in ihrem Sinne durchzusetzen.

Durch die erwähnten sozio-ökonomischen Veränderungen haben die luxemburgischen Verbände ihren Anspruch auf eine umfassende Repräsentation eingebüßt. Wie soll hierauf reagiert werden? Der Staat könnte entweder auf ein pluralistisches Modell umschwenken oder er könnte versuchen, das korporatistische Modell umfassender zu gestalten, indem bislang nicht vertretene Gruppen eingebunden werden. Da der erstere, „angelsächsische“ Weg aus Gründen der Pfadabhängigkeit von historisch gewachsenen Institutionen zu weit abseits gelegen scheint, bleibt nur die Neubelebung des jetzigen Modells.

Aber selbst ein solcher Wandel ist meist nur in bewegten Zeiten möglich, wenn Institutionen *critical junctures* ausgesetzt sind und neue Gelegenheitsfenster eine bis



dato nicht mehrheitsfähige Politik ermöglichen. Zunehmend schwächere Gewerkschaften sind eher bereit sich „inklusiv“ zu verhalten und neue Interessengruppen aufzunehmen.¹³ Mit ihrer breiten sozialen Basis und privilegierten Zugangskanälen zu politischen Entscheidungsträgern fungierten sie bereits in der Vergangenheit als „Steigbügelhalter“ für neue Akteure wie der Studenten- oder der Frauenbewegung.¹⁴ Da neue Akteure jedoch nicht ausschließlich aus dem Produktionsprozess stammen (z. B. die Umweltbewegung), ist ihr Modus Operandi grundverschieden von dem der traditionellen neo-korporatistischen Organisationen. Pluralistisch, mit wenig formalisiertem Zugang zu politischen Akteuren, ist Widerstand als *weapon of the weak* oft ihre erfolgreichste Strategie. Falls es den Gewerkschaften aber gelingt, sich mit neuen Akteuren zu verbünden, dann ist damit auch ihrer eigenen Legitimität in korporatistischen Foren gedient.

In der Bredouille

Korporatismus wird in der Literatur oft als ein politisches System beschrieben, das sich einem allumfassenden Wohlfahrtsstaat verschreibt, es hingegen mit der fiskalischen Disziplin nicht so ernst nimmt. Es sei ein Schönwettermodell, in dem die Motivation der Sozialpartner, sich zu beteiligen, auf dramatische Weise schwindet, sobald Ausgaben zurückgeschraubt werden müssen. Mario Hirsch erinnert an die Krisenjahre der 1980er: „Bei vollen Kassen war der Konsensualismus ein willkommenes Nebenprodukt, als sich der Konjunkturhorizont allerdings verdüs-

terte, war die Tripartite überfordert mit der überbordenden Reformagenda“. Konsensualismus wird alsdann zur politischen Gratwanderung und lähmt die öffentliche Diskussion.¹⁵

Korporatistische Abstimmungsmechanismen bilden sich gerade dann zurück, wenn die Rationalität solcher Abstimmungsmechanismen am dringendsten für die Bewältigung krisenhafter Systemzustände benötigt würde.¹⁶ In Deutschland, einem Land mit neo-korporatistischer Tradition („Rheinisches Modell“) hob ein Gutachten der Bundesregierung zum Korporatismus die Tendenz zur Besitzstandswahrung und die Kurzfristorientierung ungeachtet längerfristiger Konsequenzen hervor. Eine Gefahr bestehe auch in der Versuchung, Vereinbarungen zu treffen, die zu Lasten außenstehender Dritter gehen.¹⁷ Damit sind die sogenannten „Outsider“ der Vereinbarungen gemeint, was häufig Jugendliche, Arbeitslose oder Frauen sind.

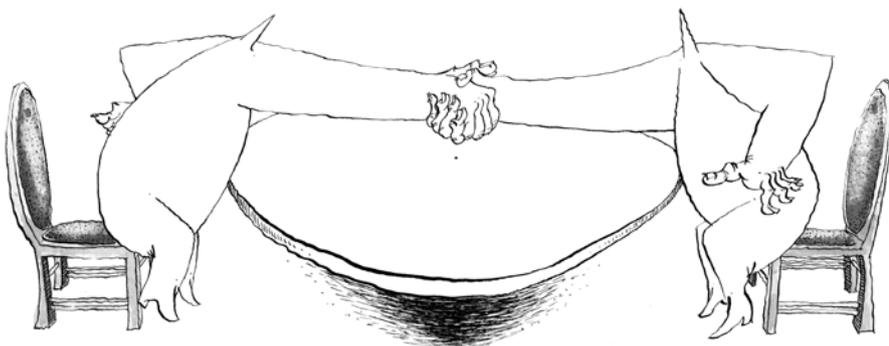
Heute ist Neo-Korporatismus überall auf dem Rückzug. Der neoliberale Paradigmenwechsel hat seit den 1980ern europaweit die schützenden Arbeitsmarktregelungen und großzügigen Sozialversicherungssysteme der Nachkriegszeit in Frage gestellt. Der Graben zwischen der Realwelt und dem neo-korporatistischen Idealtyp wächst beständig, sodass die Arbeitgeber vermehrt ihre Teilnahme am neo-korporatistischen Spiel verweigern.¹⁸ In Luxemburg ist diese Entwicklung wegen eines reibungsloseren Strukturwandels erst mit Verspätung eingetreten. Doch wie soll heute die Tripartite in einer globali-

sierten Wirtschaft überleben? Norbert von Kunitzki fragte sich bereits 1997, ob diese Art der Interessenvermittlung nicht der Vergangenheit angehöre. Außerdem warf er die Frage auf, ob großen einheimischen Arbeitgebern weiterhin Mitentscheidung zugestanden werden könne, obschon jeder wisse, dass ihr Hauptaugenmerk in anderen Teilen der Welt läge.¹⁹

Fast zwanghaft scheinen viele, trotz klarer gegenteiliger Anzeichen, beweisen zu wollen, dass der Korporatismus nicht tot ist: „Even after the monetarist big bang, pragmatism may still advise inviting organized labour into national pacts and may caution against formally abolishing collective bargaining or worker participation on the shopfloor and in the enterprise.“²⁰ Ob jedoch eine institutionelle Inertie unser Sozialmodell retten kann, darf angezweifelt werden, vor allem im Kontext eines weltweit an Bedeutung verlierenden Europas. Gewerkschaftler mögen moralisch und *de facto* Recht haben, wenn sie sagen, dass sich das Kapital den Mehrwert in gesteigertem Maße aneignet. Durch den freien Fluss des Kapitals jedoch – und nicht der Arbeit – bleiben die Arbeitgeber klar im Vorteil: Im Ernstfall machen sie sich einfach auf und davon.

Demokratie und Transparenz

Während die Wissenschaft meist die wirtschaftliche Effektivität der neo-korporatistischen Interessenvermittlung im Sinn hat, werden deren Auswirkungen auf das demokratische Selbstverständnis wenig erforscht. Auf Produktionsprozesse ausgerichtete korporatistische Institutionen können lediglich die Interessen der Beschäftigten wahrnehmen. Diese Einschränkung kennt die formale Demokratie nicht. Hingegen kann die korporatistische Konzertation das durch nicht wahlberechtigte Einwohner induzierte Defizit an elektoraler Repräsentation abschwächen. Der Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch warnt: „Eine Beseitigung des Neo-Korporatismus wird oft gefordert. Tut man dies aber, so legitimiert man lediglich den Ausschluss der weniger starken Interessen, nämlich die der Beschäftigten.“²¹ Arbeitgeber benötigen den Rahmen der Konzertation nicht: Durch Lobbyismus können sie auch ohne



die Mittlerrolle von Verbänden ihren Einfluss ausüben. Ein Mangel an Transparenz bleibt jedoch dem Korporatismus eigen. Und wo der freie Informationszugang untergraben wird, sind die Voraussetzungen für politische Partizipation nur unzureichend gegeben.

In ihrer sozio-politischen Analyse der kleinen europäischen Wohlfahrtsstaaten unterscheidet die Politikwissenschaftlerin Vivien A. Schmidt²² zwei Arten von Diskurs: Im koordinativen Diskurs beraten unterrichtete Gruppen im geschlossenen Kreis unter sich, wie etwa die Akteure der Tripartite, um ihr Programm anschließend in der kommunikativen Phase zur Diskussion und Beschlussfassung der Öffentlichkeit vorzustellen. Schmidt argumentiert, dass die meisten kleinen Länder dazu neigen, den koordinativen über den kommunikativen Diskurs zu stellen. Dabei finden die Debatten zu wichtigen Themen oft hinter verschlossenen Türen statt. Der kommunikative Diskurs neigt hingegen dazu, viel „dünner“ zu sein, was die Öffentlichkeit mit wenig signifikanten Informationen zurück lässt.

Da eine korporatistische Gouvernance die institutionalisierte Bevorzugung der in ihren Gremien vertretenen Körperschaften *per se* impliziert, erfreuen sich diese eines permanenten Informationsvorsprungs gegenüber den nichteingebundenen „Outsidern“. Hierunter leidet vor allem die Transparenz, weil eine Offenlegung vertraulicher Abmachungen Begünstigungen bloßstellen könnte, die von außenstehenden Dritten zu tragen wäre. Auch unterliegen korporatistische Foren nicht denselben Spielregeln: „Dans la mesure où ces structures [néo-corporatives] ne présentent pas les mêmes garanties de

transparence que l'enceinte parlementaire, le débat publique se voit inévitablement occulté“.²³ Als fast einziges Land Europas hat Luxemburg bis heute noch kein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet. Nach dem Democracy Barometer der Universität Zürich, das vorgibt die konzeptionellen und methodologischen Schwächen bisheriger Demokratiemaße überwinden zu wollen, liegt Luxemburg abgeschlagen auf Platz 23 (von 30), was den öffentlichen Informationsfluss angeht.²⁴

Partizipation

Es gilt zu unterscheiden zwischen der politischen und der sozialen Partizipation. Erstere wird an den Kommunikationsstrukturen im korporatistischen Konzentrierungsprozess analysiert. Letztere ist Teil des auf der katholischen Soziallehre basierenden korporatistischen Systems.

Ein Pionier der Korporatismustheorie, Gerhard Lehbruch, hat den Ablauf der Konzentrierung wie folgt beschrieben: Der Prozess wird von einem ineinander greifenden Vorstand von im Wettbewerb stehenden Verbänden geleitet, der in informeller Weise versucht, einen pragmatischen Konsens auszuhandeln. Eine unerlässliche vertikale und hierarchische Gliederung garantiert den notwendigen Handlungsspielraum, der es der Führungsebene ermöglicht, belastbare Beziehungen im politischen Austausch aufzubauen. An der Basis aber ist die Kommunikation zwischen den Interessengruppen minimal.²⁵ Die politische Partizipation einer Mehrheit wird so einem reibungslosen politischen Austausch der Eliten geopfert.

Im Gegensatz dazu ist soziale Partizipation mittels einer Übernahme von bestimmten

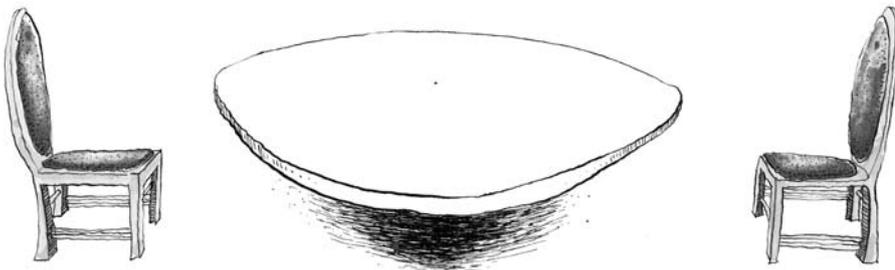
organisatorischen Funktionen des Staates durch Verbände nach dem Prinzip der Subsidiarität integraler Bestandteil des Korporatismus. In Luxemburg sei hier das Sozial- und Rettungswesen genannt. Dies wirft die Frage nach den Beweggründen auf: Werden Vereinigungen mit einbezogen, um eine Gesellschaft partizipativer zu gestalten oder geht es um bloße Effizienz?

Die Antwort hängt vom Blickwinkel ab. „Schaut man von unten, sind es Organisationen, die Partizipation ermöglichen, schaut man von oben, sind es Organisationen, die zur Steigerung der Effektivität des Regierens beitragen können. Letzteres ist das primäre Anliegen des Neo-Korporatismus“.²⁶ Wohl heben Befürworter des Sozialkapital-Konzeptes hervor, dass Partizipation in sozialen Vereinigungen die demokratischen Werte fördere und damit eine Vorbedingung von politischer Partizipation sei. Skeptiker behaupten jedoch das Gegenteil: Integration in soziale Organisationen diene dem sozialen Frieden und der politischen Demobilisation.²⁷

Soziale Beteiligung als Ersatz für politische Partizipation also? Der sozio-politische Diskurs in Luxemburg orientiert sich eher am Begriff der sozialen Kohäsion als an dem des Sozialkapitals. Die Frage nach einem Zielkonflikt sei gestellt. In Luxemburg scheint eine seit fast hundert Jahren dominierende, der katholischen Soziallehre verhafteten und an der Basis des Luxemburger Sozialmodells stehende politische Kraft sich seit jeher für die soziale Integration und Partizipation der Bürger in sozialen Vereinigungen zu bemühen, ohne gleichzeitig die politische Partizipation zu fördern, bzw. nach Kornhauser, gerade um letztere zu beeinträchtigen. Wie auch immer: Indikatoren aus soziologischen Studien der letzten Jahrzehnte weisen eher auf ein sozial als politisch entwickeltes Engagement der Bürger in Luxemburg hin.²⁸

Kleinheit kritisch betrachtet

Jenseits des Korporatismus sind im Luxemburger Sozialmodell inhärente Mängel an politischer Partizipation und zwischenmenschlichem Vertrauen auf das katholische Erbe und die Kleinheit des Staatswesens zurückzuführen. Auch wenn



die Vorteile der Enge mit flinker und pragmatischer Entscheidungsfindung meist hochgelobt werden, Lowenthals Ausführungen²⁹ zur *managed intimacy* bleiben im Kleinstaatenkontext hochaktuell: „(I)n order to enable the social mechanism to function without undue stress, overt conflict is minimised or mitigated. Individuals become experts at muting hostility, deferring their own views, containing disagreement, and avoiding dispute in the interests of stability and compromise.“ Dies führt mit dazu, Entscheidungsfindungen bis zum Sankt Nimmerleinstag aufzuschieben: „As the social and economic fabrics of small states tends to be more fragile than in larger states [...], risky and innovative decisions may meet with profound distrust. That, in combination with the personification of decisions, may lead to the avoidance of decision-making“.³⁰

Mögen solche Wesenszüge verdeutlichen wie ein „Luxemburger Modell“ sich in Zeiten der Bedrängnis verhalten wird. ♦

1 Dieser Artikel basiert auf meiner Masterarbeit an der Universität Luxemburg: www.scribd.com/doc/74402670/Lux-Social-Model-quo-Vadis

2 Peter J. Katzenstein, *Small States in World Markets – Industrial Policy in Europe*, 1985

3 Siehe Esping-Andersens, *Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus*, 1990; sowie die *Varieties of Capitalism-Typologie* von Peter A. Hall; David Soskice und Bruno Amable

4 Streeck, Wolfgang, „The study of organized interests: before ‘The Century’ and after“, in Colin Crouch

und Wolfgang Streeck (Hrsg.), *The Diversity of Democracy - Corporatism, Social Order and Political Conflict*, 2006, S. 12.

5 „Interessenvermittlung und Regierbarkeit“, in Ulrich Alemann und R.G. Heinze (Hrsg.), *Verbände und Staat, Vom Pluralismus zum Kapitalismus*, 1979, S. 94f.

6 Olson, Mancur, *The Rise and Decline of Nations: Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, 1982.

7 Armingeon, Klaus, „Kleinstaaten in Weltmärkten – Drei Ergänzungen der Katzenstein-These“, in *Zeitschrift für Sozialreform*, Bd. 53, Heft 3, 2007, S. 315.

8 Stater (Hrsg.), „European Values Study“ 2008.

9 Hirsch, Mario, „Repräsentativität“ in *d’Lëtzebuurger Land*, 21. Januar 2000

10 Armingeon, Claus, „Probleme des Übergangs vom Korporatismus zum Pluralismus“, in Karhofer, Ferdinand und Tälös Emmerich (Hrsg.), *Sozialpartnerschaft: österreichische und europäische Perspektiven*, 2005, S. 145-151.

11 „World Values Survey 1999-2001“, in Armingeon, Klaus, *op. cit.*, 2005, S. 152.

12 Armingeon, Klaus, „The effects of negotiation democracy: A comparative analysis“, in *European Journal of Political Research*, Bd. 41, 2002, S. 89.

13 Crouch, Colin, „Neo-corporatism and democracy“, in Colin Crouch und Wolfgang Streeck (Hrsg.), *op. cit.*, 2006, S. 59.

14 Della Porta, Donatella and Diani, Mario, *Social Movements – An Introduction*, 2. Ausgabe, 2006, S. 212.

15 u.a. in „Organisierte Interessen, Kammern und Tripartite“, in Wolfgang Lorig und Mario Hirsch (Hrsg.), *Das politische System Luxemburgs: Eine Einführung*, 2008, S. 201-2.

16 Offe, Claus, „Korporatismus als System nichtstaatlicher Makrosteuerung? Notizen über seine Voraussetzungen und demokratischen Gehalte“, in *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 10, 1984, S. 249.

17 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, „Aktuelle Formen des Korporatismus“, Gutachten, 2000,

www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/aktuelle-formen-des-korporatismus.pdf

18 Streeck, Wolfgang, *op. cit.* 2006, S. 12.

19 Groupement d’études et de recherches Notre Europe, „A reappraisal of Europe’s social model“, organised in collaboration with the Luxembourg Institute of European and international studies, 1997, S. 4.

20 Streeck, Wolfgang, *op.cit.*, 2006, S. 24, 29.

21 Crouch, Colin, *op. cit.*, 2006, S. 59, 68.

22 „How, Where and When does Discourse Matter in Small States’ Welfare State Adjustment?“ in *New Political Economy*, Bd. 8, Heft 1, 2003, S. 136f.

23 Hirsch, Mario, „La société dépolitisée“, in *Nos cahiers*, Nr. 4, 1995, S. 71.

24 Bühlmann, M. et al., *Democracy Barometer*, Aarau, Zentrum für Demokratie, 2011.

25 „Consociational Democracy, Class Conflict, and the New Corporatism“, *International Political Science Association*, 1974, S. 7.

26 Zimmer, Anette und Speth, Rudolph, „Verbändeforschung“, in Viktoria Käina und Andrea Roemmele (Hrsg.), *Politische Soziologie*, 2009, S. 281.

27 Kornhauser, W. (1959) „The Politics of Mass Society“ in Sigrid Roßteutscher, *Associative Democracy – Citizens’ Involvement in a Post-Tocquevillean World*, 1999, S. 6, 8.

28 „Ehrenamtliches Engagement: Interview mit Familienministerin Marie-Josée Jacobs“, in *forum*, Nr 270, 2007; sowie „European Values Study“ 1999, 2008; „European Social Survey“ 2004 und „World Values Survey“ 1999-2001, in Armingeon, Klaus, *op. cit.*, 2007, S. 310.

29 Lowenthal, David, „Social Features“, in Colin Clarke und Tony Payne (Hrsg.), *Politics, Security and Development in Small States*, 1987.

30 Sarapuu, Külli, „Comparative Analysis of State Administrations: The Size of State as an Independent Variable“ in *Halduskultuur – Administrative Culture*, Bd. 11, Heft 1, 2010, S. 40.

